

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

31 (15.3.1947)

2. Jahrgang / Nr. 31
Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 1b-5,
Tel. 405/53. Ausgaben für Karlsruhe, Rhe- und Pforzheim
(Ebersteinst. 19) u. für Bruchsal, Friedrichst., Kaufh. Schardt.

NEUESTE NACHRICHTEN

Truman fordert „Leben frei von Zwang“

Schutz freier Völker — „Totalität“ untergräbt den Frieden
„Wir müssen sofort entschlossen handeln“ — Die Verantwortung der USA.

Washington, 14. März. (dena-Reuter) Zu der Griechenland-Forderung Präsident Trumans an den Kongreß erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Präsident Truman forderte weiter die Entsendung amerikanischen Zivil- und Militärpersonals nach Griechenland und Türkei zur Überwachung der Verwendung dieser von den USA angebotenen Mittel.

Der Präsident erklärte u. a.: „Es geht um die Außenpolitik und die nationale Sicherheit unserer Nation. Ein Aspekt der augenblicklichen Situation, die ich Ihnen zu diesem Zeitpunkt zur Prüfung und Entscheidung darlegen möchte, betrifft Griechenland und die Türkei. Die Vereinigten Staaten haben von der griechischen Regierung eine dringende Bitte zur finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung erhalten. Vorläufige Berichte von der amerikanischen Wirtschaftskommission, die sich zur Zeit in Griechenland befindet und von dem amerikanischen Botschafter in Griechenland erhärtet die Erklärung der griechischen Regierung, daß Hilfe eine zwingende Notwendigkeit ist, wenn Griechenland als freie Nation weiterbestehen soll.“

„Wir sind das einzige Land, das Hilfe geben kann“

„Griechenland steht heute ohne Mittel da“, fuhr der Präsident fort, „die Einfuhr von Gütern zu finanzieren, die für seine nackte Weitererhaltung erforderlich sind. Unter diesen Umständen kann das griechische Volk keinen Fortschritt bei der Lösung seiner Wiederaufbau-Probleme machen.“

„Die griechische Regierung hat auch um die Unterstützung erfahrener amerikanischer Verwaltungsfachleute, Wirtschaftler und Techniker gebeten.“

Der Bestand des griechischen Staates ist heute durch die terroristischen Umtriebe mehrerer Tausend von Kommunisten angeführter und mit Waffen ausgerüsteter Männer gefährdet. Die griechische Regierung ist nicht in der Lage, die Situation zu meistern.

Die britische Regierung, die Griechenland bisher geholfen hat, kann über den 31. März hinaus keine finanzielle oder wirtschaftliche Unterstützung gewähren.

„Griechenlands Nachbar, die Türkei“, erklärte Präsident Truman weiter, „verdient unsere Aufmerksamkeit. Die Zukunft der Türkei als unabhängiger und wirtschaftlich gesunder Staat ist bestimmt von nicht geringerer Bedeutung für die friedensliebenden Völker der Welt als die Zukunft Griechenlands.“

Wir sind das einzige Land, das diese Hilfe geben kann. Ich bin mir vollkommen im klaren über die weitgehenden Folgen, die sich im Fall einer Unterstützung der USA für Griechenland und die Türkei ergeben und ich werde die Folgen nun mit Ihnen erörtern.“

Das Ziel der amerikanischen Außenpolitik

„Eines der vornehmsten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist die Schaffung von Verhältnissen, unter denen wir und andere Nationen in der Lage sind, ein Leben frei von Zwang zu führen. Dies war der Grundgedanke im Krieg mit Deutschland und Japan. Um eine friedliche Entwicklung der Nationen, frei von Zwang sicherzustellen, haben die Vereinigten Staaten den größten Anteil bei der Schaffung der Vereinten Nationen übernommen. Die Vereinten Nationen sind dazu ausersehen, dauernde Freiheit und Unabhängigkeit für alle ihre Mitglieder zu ermöglichen.“

Wir werden jedoch unsere Ziele erst verwirklichen, wenn wir willens sind, freien Völkern bei der Erhaltung ihrer freien Institutionen und ihrer nationalen Integrität gegen Bewegungen zu helfen, die ihnen ein totalitäres Regime aufzwingen wollen. Dies ist nur die Anerkennung der Tatsache, daß totale Regierungsformen, die freien

Im Telegrammstil

Washington. Die USA haben Dänemark einen 10 Millionen-Dollar-Kredit zum Ankauf überschüssiger Güter in Übersee gewährt. (dena)

Washington. Ein Kreditabkommen im Wert von 50 Millionen Dollar wurde zwischen der amerikanischen Export-Importbank und Norwegen unterzeichnet. (dena-Reuter)

New York. Die paraguayische Regierung hat über den gesamten Nordteil des Landes den Kriegszustand verhängt. (dena-INS)

New York. Chinesische Truppen besetzen auch die Harbin-Region, wo ein Aufstand ausgebrochen war. (dena)

London. Mit 374 zu 198 Stimmen wurde das von Winston Churchill als Oppositionsführer eingebrachte Mißtrauensvotum vom britischen Unterhaus am 11. d. Mts. abgelehnt. (ap)

Büffel. Mit der Neubildung des belgischen Kabinetts wurde Paul Henry Spaak, der am 11. d. Mts. zurückgetretenen Regierung als Außenminister angebotene, vom Regenten Prinz Charles beauftragt. (dena-Reuter)

Kopenhagen. Die Militärbehörden in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands ha-

Tsaldaris dankt Truman

Athen, 14. März. (dena-Reuter) Der griechische Außenminister Tsaldaris hat eine Botschaft an Präsident Truman übermittelt, in der er ihm im Namen des griechischen Volkes für die Unterstützung dankt, die die Vereinigten Staaten Griechenland geben wollen.

In der Türkei große Befriedigung

Ankara, 14. März. (dena) Die Rede Präsident Trumans hat in der türkischen Hauptstadt große Befriedigung hervorgerufen. Politische Kreise in der Türkei erklärten, daß die ihrem Land von Präsident Truman versprochene Hilfe einer territorialen Garantie gleichkomme und die Türkei zu einem Vorposten der westlichen Demokratien gegen eine evtl. Ausdehnung der sowjetischen Expansionsbestrebungen auf den Mittleren Orient mache.

Wallace opponiert Truman

New York, 14. März. (dena-Reuter) „Präsident Truman schlägt vor, Großbritannien hoffnungslos Aufgaben zu übernehmen“, erklärte am 13. d. Mts. Henry A. Wallace, der frühere Handelsminister der Vereinigten Staaten, in einem Rundfunkkommentar zu Präsident Trumans Rede vor dem Kongreß.

Morgen würden die Vereinigten Staaten vielleicht aufgefordert werden, die Regierungen Chinas und Argentiniens zu unterstützen. Eine solche Politik sei jedoch völlig wertlos. Kein Volk sei kühnlich und Amerika könne es sich nicht leisten, Milliarden über Milliarden Dollars für unproduktive Zwecke auszugeben.

Über den Kopf der UN hinweg

Moskau, 14. März. (dena-Reuter) „Der Vorschlag Trumans wird in Griechenland an Stelle des britischen ‚Chefs‘ einen amerikanischen ‚Chef‘ setzen“, schreibt die sowjetische Regierungszentrale, „Iswestija“ am 14. d. Mts. zu der Rede Präsident Trumans. „Dieses Verhalten der amerikanischen Regierung geht über den Kopf der UN hinweg.“

USA-Präsident künftig nur noch zweimal wählbar

Washington, 14. März. (dena-INS) Der amerikanische Senat nahm am 11. d. Mts. mit 59 gegen 28 Stimmen eine Verfassungsänderung an, wonach der jeweilige Präsident der USA nur während zweier Amtsperioden im Amt sein darf. Das bedeutet, daß er nur noch zweimal gewählt werden kann.

In Bezug auf Präsident Truman soll diese Neuregelung insofern nicht Anwendung finden, als er gegenwärtig die Amtsperiode des verstorbenen Präsidenten Roosevelt zu Ende führt. Präsident Truman kann also noch zweimal für die Präsidentschaftswahl kandidieren.

Moskauer Nazi-Disput Molotow-Bevin

Noch zu viele Nazis in leitenden Stellen — Westzone Pflegestätte des Nazismus

Moskau, 14. März. (dena-Reuter) Der sowjetische Außenminister Molotow veröffentlichte am 13. ds. Mts. in der Sitzung des Außenministersrates die Namen von früheren Nazis, die heute noch leitende Stellen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands inne haben sollen.

1. Dinkelbach, früherer Direktor der Vereinigten Stahlwerke, jetzt Vorsitzender der Eisen- u. Stahlindustrie in der britischen Zone mitbeauftragt für die Planung und Sozialisierung dieser Industrie.

2. Hans Poenzgen, früherer Mitglied des Rüstungsrates Hitlers und jetzt Vorsitzender der Metallvereinigung in der britischen Zone.

3. Hugenberg, „mit der Stahlindustrie in Verbindung stehend“, A. Wilhelm Zangen, 5. Hermann Bücher. (Die letzten drei Personen nach Molotows Angaben in Freiheit in der amerik. bzw. brit. Zone lebend.)

Molotow behauptete ferner, daß der Präsident des Hanoverschen Gerichtshofes — der Name wurde nicht genannt — früher Ankläger bei einem Militärgerichtshof gewesen sei. Der Leiter des Kölner Gefängnisses, Dockweiler, sei früher Chef eines berüchtigten polnischen Konzentrationslagers gewesen.

Bevins Angaben über Nazis in sowjetischer Zone

Der britische Außenminister Bevin seinerseits nannte die Namen von fünf ehemaligen Nazis, die in der sowjetischen Zone hohe Posten bekleiden. Diese Namen seien aus einer Liste willkürlich herausgezogen worden.

1. Augustin, früherer leitende Persönlichkeit im Heereswaffenamt und Erfinder der Tiger- und Panther-Tanks, jetzt stellv. Leiter des Technischen Büros des Kraftfahrzeugamtes der Sowjetunion in Berlin-Mahlsdorf. 2. Dr. Friedrich Hasse, früherer SA-Führer, jetzt von der sowjetischen Brennstoffindustrie in Leipzig angestellt. 3. Dr. Kunze, Mitglied der NSDAP seit 1938, Wirtschaftsexperte der deutschen Wehrmacht während des Krieges und Direktor der Sachsenwerke, von denen er im April 1946 abgelöst wurde.

McNarneys letzte deutsche Pressekonferenz

Der amerikanische Oberbefehlshaber in Europa verabschiedete sich in Frankfurt

Bericht über eine denkwürdige Periode — Appell an die deutsche Presse — Beantwortung von Fragen

W.B. In einer letzten großen Pressekonferenz im I. G. Farbengebäude in Frankfurt, dem Sitz des amerikanischen Hauptquartiers in Deutschland, verabschiedete sich am Donnerstag der zu anderweitiger Verwendung in die Heimat berufene Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa und Chef der Militärregierung in Deutschland General J. T. McNarney von den alliierten und deutschen Pressevertretern: Nach der Übernahme des Postens des Generalstabschefs der amerikanischen Armee durch General Eisenhower war General McNarney die Aufgabe zugefallen, die Verhältnisse in der amerikanischen Besatzungszone zu stabilisieren und das nach dem siegreichen Waffengang schwierige Werk der Demokratisierung des deutschen Volkes weiter zu entwickeln. Man muß, die begehren Schwierigkeiten erkennen, um die Größe der in kurzer Zeit vollbrachten Leistung zu erfassen.

Der umfangreiche Bericht des Generals über die Tätigkeit der Besatzungsarmee in den letzten eininhalb Jahren ist ein ungemein packender und eindrucksvoller Aufschluß über Gevolles und Geleistetes. Wenn heute überall demokratische Einrichtungen bestehen, der deutschen Initiative im Sektor des staat-

Dr. Köhler „Hart am Rande des Defizits“

Der Finanzminister sprach über das württembergisch-badische Budget

Stuttgart, 14. März. (dena) Der Entwurf des Staatshaushaltsplanes für das Jahr 1946 wurde am Freitag in der 9. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags an den Finanzausschuß zur Beratung überwiesen.

Nachdem Landtagspräsident Wilhelm Keil die Sitzung eröffnet hatte, sprach Finanzminister Hermann Köhler über den Staatshaushaltplan für das Jahr 1946. Er sagte u. a.:

„Meine eigene Parole für die Führung der Staatswirtschaft in dieser Zeit des Niederrucks kann nur sein: hart am Rande des Defizits“. Dieser Forderung müsse sich der gesamte Staatshaushalt unterordnen, denn ihre Durchführung allein könne das Vertrauen am eigenen Volk wie im Ausland sichern. Es dürfe keine Mark mehr aus der Privatwirtschaft herausgeholt werden, als zur Durchführung einer auf sparsamster Grundlage aufgebauten öffentlichen Wirtschaft erforderlich sei.

Der vorliegende Haushalt sieht eine Rohausgabe von 1 1/2 Milliarden Mark vor, während sich die Rohausgabe der beiden großen Länder Württemberg und Baden, die zusammen doppelt so groß waren wie das jetzige Gebiet Württemberg-Badens, im Jahre 1932 lediglich auf 450 Mill. Mark belief.

Das jetzige jährliche Steueraufkommen der Bevölkerung von 3,2 Mill. beträgt 1275 Mill. Mark, das sind 400 Mark auf

den Kopf der Bevölkerung. Somit kann der vorliegende Gesamthaushalt 1946 als ausgeglichener bezeichnet werden und erfordert keine Aufnahme von Anleihen zu seiner Deckung.

Die Höchstausgaben des Haushalts umfassen in ihren Hauptzahlen netto 400 Mill. Mark für Besatzungs- und verwandte Kosten, 145 Mill. Mark für das Flüchtlingswesen und rund 200 Millionen Mark für soziale Verpflichtungen.

Nach den Ausführungen Köhlers werden im Rechnungsjahr 1946 die Verbrauchssteuern samt den Zöllen auf rd. 309 Mill. Mark und die Besitz- und Verkehrssteuern auf 963 Mill. Mark veranschlagt. Da diese Steuern zum Teil bereits die Substanz angegriffen haben und zur Lähmung der Unternehmenseinitiative Veranlassung der Arbeitslosigkeit und zu einem Absinken der Steuernormal führen, müssen sie baldmöglichst gesenkt werden.

Der außerordentliche Haushalt schließt mit 682 Millionen Mark und wird in der Hauptsache durch den Zuschuß aus dem ordentlichen Haushalt ausgeglichen. Er enthält u. a. 145 Mill. Mark Kosten für das Flüchtlingswesen, ein Zwei-Millionen-Mark-Darlehen für den Wiederaufbau des Binnenschiffahrt- und Umschlagbetriebes am Neckar, ein Ein-Mill.-Mark-Darlehen für den Wiederaufbau des Binnenschiffahrt- und Umschlagbetriebes im Mannheimer Hafen und Karlsruhe sowie brutto 500 Mill. Mark für Besatzungskosten einschließlich des Aufwandes für Verschiebung.

Außerste Sparsamkeit auf allen Gebieten staatlicher Betätigung bezeichnete der Minister als oberste Pflicht. Die staatlichen Verwaltungen müssen die einfachste und billigste Organisation aufweisen. Neue Ämter sollten nur mit größter Zurückhaltung geschaffen und neue Beamte und Angestelltenstellen grundsätzlich nicht vorgesehen werden. Forderungen auf eine Besoldungsreform oder Gehaltserhöhungen für einzelne Beamtengruppen sind ins Land der Utopien zu verweisen. Man könne froh sein, wenn nach der Währungsreform überhaupt noch die erforderlichen Mittel für den Verwaltungsapparat im bisherigen Umfang aufgebracht werden können.

Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit spricht

Der württembergisch-badische Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit wird am Dienstag, 18. März, im Landtag in Stuttgart ein umfassendes Wirtschaftsreferat halten. Eine Übertragung der Rede des Ministers durch Radio Stuttgart erfolgt gleichfalls am Dienstag, abends in der Zeit von 9-9,30 Uhr in der Sendereihe „Volk und Staat“.

Partei vorstand der SPD tagt

Hannover, 14. März. (dena) Unter dem Vorsitz von Dr. Kurt Schumacher fand am 13. und 14. ds. Mts. eine Tagung des Parteivorstandes der SPD Deutschlands statt.

Deutscher Export erleichtert

Bad Nauheim, 14. März. (dena) Die Aufhebung des Gesetzes über den „Handel mit dem Feind“ durch die USA wird in politischen und Wirtschaftskreisen der US-Zone allgemein als Erleichterung des deutschen Außenhandels betrachtet und als Ausdruck der planmäßigen Bemühungen der amerikanischen Regierung

als Vertreter einer objektiven neuen deutschen Presse, die die Aufgabe habe, dem deutschen Volk ein wahres Spiegelbild der Weltereignisse und der Innenpolitik zu übermitteln und die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu berichten. Die deutsche Presse müsse ihre Unabhängigkeit hochhalten und sich gegen jeden Versuch der politischen Parteien, die Presse zu knebeln, entschieden zur Wehr setzen. Im übrigen, so betonte der General auf die Frage eines Journalisten, habe die Presse bisher schon eine anerkanntenswerte Arbeit geleistet, und den Entschluß der Militärregierung, schon von Anfang an ohne Vorzensur zu arbeiten, als richtig bestätigt. Er könne allerdings noch nicht sagen, zu welchem Termin es deutscher Journalisten möglich sei, in Amerika an Ort und Stelle die dortigen Verhältnisse zu studieren.

Nicht in den Besatzungsmächten, sondern im deutschen Volk selbst liege die beste Garantie gegen ein Wiederaufleben des Militarismus. Die Besatzungsmächte würden wachsam sein in ihrer Kontrolle, aber eine Lösung des Problems gelinge nur, wenn Deutschland mit seinen Nachbarn in friedlichem Geiste zusammenlebe. Auch hier an erster Stelle mitzuwirken liege im Aufgabenbereich der Presse, die ohne Furcht der Wahrheit dienen müsse. Die Pressefreiheit sei eine der ersten Voraussetzungen und Sicherheiten für ein demokratisches Deutschland, sei es, daß sie alle Vorfälle, die zur Reaktion führen könnten, der Öffentlichkeit übergebe, sei es, daß sie dem Volk die Prinzipien der Demokratie lehre.

Steuerlast und Etatsdefizite

Auf eine Anfrage wegen einer etwaigen Senkung der unerträglichen Steuerlast erklärte der General, daß ihm von einer Herabsetzung dieser Lasten nichts bekannt sei. Im übrigen brauche jede Verwaltung Geld, und bisher seien in den Verwaltungsbudgets in den meisten Fällen noch große Defizite vorhanden gewesen. Das deutsche Volk habe den schwersten Winter mit vielen Jahren hinter sich gebracht. Es habe sich ausgezeichnet in seiner Not gehalten, und er habe die Hoffnung, daß auch die Anstrengung der Regierung und Parteien das Ihre dazu beigetragen hätten. Im allgemeinen seien die vorhandenen Bestände gerecht verteilt worden, und das Volk habe doch auch in diesem harten Winter erwiesen, daß es einigermassen die demokratischen Prinzipien angenommen habe.

Das Problem der Jugend

Das Schlimmste, was er in Deutschland wahrgenommen habe, so erklärte der General auf eine entsprechende Anfrage, seien die vagabundierenden, verwahten und arbeitsscheuen Jugendlichen und die Wohnungsnot, unter denen die durch das Naziregime vertriebenen Menschen zu leiden hätten. Der Jugend gehöre die Zukunft. Für sie müsse viel mehr als bisher getan werden. Der General bestätigte die Auffassung eines Pressevertreters, daß zum Gelingen der geistigen Umerziehung der Deutschen die Sicherung der Ernährung unerlässliche Voraussetzung sei. Die USA und Großbritannien tun alles Mögliche, um die Verbesserung zu schaffen, es müsse aber erwartet werden, daß auch alle deutschen Stellen das Letzte daransetzten, um die Lebensmittelpknappheit zu beheben. Den Engländern und Amerika in ihrem entsprechenden Bemühen nicht erlahmen sollten. Der deutsche Export einschließlich der Kohlenausfuhr sei noch lange nicht so umfangreich, um die Kosten der Lebensmittelfuhr aus nur einigemmaßen zu decken. Deutschland werde seine wirtschaftliche Selbständigkeit vor 1950 nicht erreichen können. Aus diesem Grunde hätten auch die teuren Lebensmittelangebote aus der Schweiz, Schweden und Dänemark nicht angenommen werden können. Im Preis hochstehende Lebensmittel müsse Deutschland selbst produzieren, dagegen billige kalorienreiche Nahrungsmittel von außen einführen.

Das Gesetz zur Auflösung der Kartelle mache zwischen Firmen, die mit inländischem und ausländischem Geld arbeiten, keinen Unterschied.

Über die föderale Interessiertheit der Studenten befragt, erklärte der General, hoffnungsvolle Berichte erhalten zu sein.

Fortsetzung auf Seite 2

Kurz beleuchtet

Gibt es etwas Überzeugenderes als Zahlen, runde feststehende Ziffern, mit denen es sich so trefflich vergleichen läßt? Der nach 15jähriger finanzpolitischer Verunklung wieder vorgelegte badisch-württembergische Staatshaushalt gibt sie uns, und die einführende Rede des Finanzministers Dr. Köhler tut das Ihrige dazu. Unser finanzpolitischer Sachwalter ist alter Fachmann und hat die vom ihm schon in der alten Heima gepflegte Sitte des ausgeglichenen Haushalts auch nach Stuttgart mitgenommen. Einnahmen und Ausgaben decken sich aber auf der schwindelnden Höhe der anderthalb Milliarden. Früher ging es in ganz Baden und Württemberg mit einem Drittel der Ausgaben ab. Zwischen damals und heute liegt der Naziwahnsinn des Krieges. Seine staatsbudgetären Folgen für das was nahezu die Hälfte kleinere Land sind vorerst mit einer Milliarde erfaßt; 400 Mark Steuern kommen auf den Kopf der Bevölkerung, Kind und Kegel miteingerechnet, vorerst und ohne obige. Wahrraft, es gibt nichts Überzeugenderes als Zahlen, runde, feststehende Ziffern. W.B.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

USA verteidigen Charta der UN

Präsident Truman hat in einer nicht anders als historisch zu bezeichnenden Rede vom Kongress für Griechenland und die Türkei Anleihen bis zum 30. Juni 1948 in Höhe von 400 Mill. Dollar gefordert...

Monatliche Entlassung von 20 000 Kriegsgefangenen

Paris, 14. März. (dena) Über die Repatriierung und Entlassung deutscher Kriegsgefangener wurde in Paris ein Abkommen unterzeichnet.

Durchführung der Weihnachtsamnestie

Die Ausführungsbestimmungen - Stand der Denazifizierung

Stuttgart, 14. März. (dena) Das württembergische Befreiungsministerium hat in seinen Mitteilungen an die Kammer vom 8. März die Ausführungsbestimmungen zur Weihnachtsamnestie-Verordnung vom 5. Februar 1947 bekanntgegeben.

Frankreich soll Zonenvereinigung betreiben

Moskau, 14. März. (dena-INS) Der amerikanische Außenminister Marshall forderte am 11. ds. Mts. Frankreich auf, sich der britisch-amerikanischen Zonenvereinigung anzuschließen...

Es fehlt an der nötigen Zivilcourage

Stuttgart, 14. März. (dena) „Nach wie vor zögern leitende deutsche Politiker, Zivilcourage zu haben“, erklärte am 13. März Professor Dr. James K. Pollock...

„Bestes Mittel zur Massenvernichtung“

In Auschwitz wurden 1 1/2 Millionen Menschen vergast

Warschau, 14. März. (dena-DPD) Im Prozeß gegen den ehemaligen Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz, Rudolf Höß, erklärte der Angeklagte in der Verhandlung am 13. ds. Mts., daß die Versuche mit Zyklon-Gas auf sowjetischen Kriegsgefangenen...

Interessantes in Kürze

Kriegsgefangene wollen freiwillig in England bleiben. 319 deutsche Kriegsgefangene geben, wie dena aus London meldet, freiwillig einen weiteren Verbleib in Großbritannien über den Zeitpunkt hinaus...

Kritik unerwünscht

Von Walter Schwerdtfeger Demokratie ist ohne freie Meinungsäußerung nicht denkbar. Das Recht die Meinung frei auszusprechen, bejaht das Recht zur Kritik. Wer sie übt, verdient nicht den Vorwurf, daß er dem Recht Gebrauch, wer durch den Gebrauch...

General McNameys letzte deutsche Pressekonferenz

Frankfurt, 14. März. (dena) Lebensmittelführer nach Deutschland im Werte von 600 Millionen Dollar im Laufe der nächsten 12 Monate kündigte General Clay den Vertretern der Gewerkschaften Hessens, Bayerns und Württemberg-Badens hier am Freitag anlässlich eines Empfangs im USFET-Hauptquartier an.

Durchführung der Weihnachtsamnestie

Die Ausführungsbestimmungen - Stand der Denazifizierung

Stuttgart, 14. März. (dena) Das württembergische Befreiungsministerium hat in seinen Mitteilungen an die Kammer vom 8. März die Ausführungsbestimmungen zur Weihnachtsamnestie-Verordnung vom 5. Februar 1947 bekanntgegeben.

Frankreich soll Zonenvereinigung betreiben

Moskau, 14. März. (dena-INS) Der amerikanische Außenminister Marshall forderte am 11. ds. Mts. Frankreich auf, sich der britisch-amerikanischen Zonenvereinigung anzuschließen...

Es fehlt an der nötigen Zivilcourage

Stuttgart, 14. März. (dena) „Nach wie vor zögern leitende deutsche Politiker, Zivilcourage zu haben“, erklärte am 13. März Professor Dr. James K. Pollock...

„Bestes Mittel zur Massenvernichtung“

In Auschwitz wurden 1 1/2 Millionen Menschen vergast

Warschau, 14. März. (dena-DPD) Im Prozeß gegen den ehemaligen Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz, Rudolf Höß, erklärte der Angeklagte in der Verhandlung am 13. ds. Mts., daß die Versuche mit Zyklon-Gas auf sowjetischen Kriegsgefangenen...

Interessantes in Kürze

Kriegsgefangene wollen freiwillig in England bleiben. 319 deutsche Kriegsgefangene geben, wie dena aus London meldet, freiwillig einen weiteren Verbleib in Großbritannien über den Zeitpunkt hinaus...

Kritik unerwünscht

Von Walter Schwerdtfeger Demokratie ist ohne freie Meinungsäußerung nicht denkbar. Das Recht die Meinung frei auszusprechen, bejaht das Recht zur Kritik. Wer sie übt, verdient nicht den Vorwurf, daß er dem Recht Gebrauch, wer durch den Gebrauch...

General McNameys letzte deutsche Pressekonferenz

Frankfurt, 14. März. (dena) Lebensmittelführer nach Deutschland im Werte von 600 Millionen Dollar im Laufe der nächsten 12 Monate kündigte General Clay den Vertretern der Gewerkschaften Hessens, Bayerns und Württemberg-Badens hier am Freitag anlässlich eines Empfangs im USFET-Hauptquartier an.

Durchführung der Weihnachtsamnestie

Die Ausführungsbestimmungen - Stand der Denazifizierung

Stuttgart, 14. März. (dena) Das württembergische Befreiungsministerium hat in seinen Mitteilungen an die Kammer vom 8. März die Ausführungsbestimmungen zur Weihnachtsamnestie-Verordnung vom 5. Februar 1947 bekanntgegeben.

Frankreich soll Zonenvereinigung betreiben

Moskau, 14. März. (dena-INS) Der amerikanische Außenminister Marshall forderte am 11. ds. Mts. Frankreich auf, sich der britisch-amerikanischen Zonenvereinigung anzuschließen...

Es fehlt an der nötigen Zivilcourage

Stuttgart, 14. März. (dena) „Nach wie vor zögern leitende deutsche Politiker, Zivilcourage zu haben“, erklärte am 13. März Professor Dr. James K. Pollock...

„Bestes Mittel zur Massenvernichtung“

In Auschwitz wurden 1 1/2 Millionen Menschen vergast

Warschau, 14. März. (dena-DPD) Im Prozeß gegen den ehemaligen Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz, Rudolf Höß, erklärte der Angeklagte in der Verhandlung am 13. ds. Mts., daß die Versuche mit Zyklon-Gas auf sowjetischen Kriegsgefangenen...

Interessantes in Kürze

Kriegsgefangene wollen freiwillig in England bleiben. 319 deutsche Kriegsgefangene geben, wie dena aus London meldet, freiwillig einen weiteren Verbleib in Großbritannien über den Zeitpunkt hinaus...

Kritik unerwünscht

Von Walter Schwerdtfeger Demokratie ist ohne freie Meinungsäußerung nicht denkbar. Das Recht die Meinung frei auszusprechen, bejaht das Recht zur Kritik. Wer sie übt, verdient nicht den Vorwurf, daß er dem Recht Gebrauch, wer durch den Gebrauch...

Parteilpolitikern der sowjetischen Zone... Das amerikanische Kriegsministerium... Auch Ungarn erhält Dollar-Hilfe... Das freie Wort... Kriegsgefangene in Polen... Kondima-Werk / Waisenhaus... SS-Offizier auf Prestribüne entdeckt... Lizenzträger gehören Parteien an... wenn weiter gesagt wird, die „aufgeputzte“ Meinung...

McNarney: „Viermächte-Zusammenarbeit das Endziel“ Zur Demokratisierung Deutschlands

Ein umfassender Rückblick auf die bisherige Besatzungszeit in Deutschland - Sicherheitsverhältnisse befriedigend Ernährung das unmittelbarste deutsche Problem - Friedliches Weiterleben erst durch Wirtschaftseinheit

General Mc Narney: „Wir müssen unablässig auf ein Viermächte-Abkommen in allen Angelegenheiten, die zur Erreichung des Zieles beitragen, Deutschland als eine friedfertige Gruppe in die Weltgemeinschaft einbringen zu lassen, hinwirken. Die britisch-amerikanische Zweizonenverschmelzung ist ein Schritt in der gesunden Richtung, aber die Wiederherstellung eines friedlichen Deutschlands ist ernstlich gehemmt und wird es weiterhin sein, so lange ein Viermächte-Abkommen auf den grundlegenden Gebieten der Politik, Wirtschaft und Finanzen noch fehlt. Wir müssen eine Atmosphäre von Recht und Ordnung aufrecht erhalten, die der friedlichen Entwicklung förderlich ist.“

Frankfurt, 14. März. (dena) Ein umfassender Rückblick auf die Besatzungszeit von November 1946 bis März 1947 wurde deutschen Journalisten in der letzten Pressekonferenz General McNarneys, die am 12. des Monats in Frankfurt stattfand, gegeben. General Joseph T. McNarney, der in seinem Amt als Militärgouverneur für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands am 15. März von General Lucius D. Clay abgelöst wird, erklärte u. a. in seinem Bericht:

Als General Eisenhower im November 1945 Europa verließ, hatte der Kommandobereich einen schwierigen Zeitabschnitt von sechs Monaten der Umstellung von kriegsmäßigen Verhältnissen und intensiver Inangriffnahme der Hauptaufgaben der Besatzung eingeschlossen.

Die Truppenstärke betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 1.100.000 Offiziere und Mannschaften. Obwohl fast zwei Drittel der Truppen zum Zeitpunkt des Sieges über Deutschland auf dem europäischen Schauplatz befindlichen Truppen zurückgezogen worden waren, umfaßten unsere Streitkräfte noch drei Armeen, die dritte, siebente und zehnte, sieben Korps und zahlreiche Divisionen in Deutschland und Österreich waren die Streitkräfte der Vereinigten Staaten seit mehr als drei Monaten in den für die amerikanische Besatzung vorgesehenen Zonen und Gebieten fest aufgestellt. Die Besatzungswache war geräumt worden, die Aufgabe der Liquidierung unserer Verpflichtungen und der Überschuldierten in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Holland blieb jedoch weitgehend bestehen. Wir hatten für Hunderttausende von verschleppten Personen, für 80.000 Zivilinternierte und für eine Million Kriegsgefangene weiterhin zu sorgen. Die angeordnete Umsiedlung der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und Ungarn wurde durch den Krieg noch im Vorbereitungsstadium.

Die Aufgabe der Militärregierung
Auf dem Gebiet der Militärregierung wurde die alliierte Kontrollbehörde in Berlin zu dem Zweck eingerichtet, jene Angelegenheiten zu behandeln, die Deutschland als Ganzes betreffen. Ortsliche Verwaltungsstellen waren auf vorläufiger Grundlage gebildet worden, Nachrichtenvermittlung und Transportwege wurden allmählich wieder hergestellt und eine begrenzte Industrie-Produktion war in Gang gebracht. Die deutsche Wehrmacht war aufgelöst, die Nazi-Partei vernichtet und ein festes Kontrollsystem über die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebensbereiche Deutschlands errichtet worden. Ortsliche Funktionen der Personalfrage, der Umkehr nach den verschiedenen Militärkommandeuren, denen die jeweiligen Gebiete unterstanden.

Die militärischen Hauptprobleme, die im Kommandobereich weiterbestanden, waren die der Personalfrage, der Umorganisation der im wesentlichen noch immer taktischen Truppen für die Zwecke einer langen militärischen Besatzung, der Liquidierung überschüssiger Vorräte, der Aufrechterhaltung der Sicherheit, fernab des Zwangsverschleppens-Problems, sowie das Problem der Flüchtlinge und Ausgewiesenen. Auf dem Gebiet der Militärregierung bestand die Aufgabe, ein ehemals mächtiges, jetzt verarmtes, zerstücktes und demoralisiertes Deutschland auf dem Weg zu einer zukünftigen wirtschaftlichen, politischen und sozialdemokratischen Grundtendenzen entsprechenden Wiederherstellung zu bringen.

Das Problem der Demobilisierung der amerikanischen Truppen

Ein äußerst dringendes Problem stellen die sich schnell verringierenden Hilfspersonal für die Besatzungspolizei. Der Höhepunkt der Demobilisierungsaktion war im November 1945 erreicht, und viele Dienststellen und Einheiten wurden durch den Abzug erfahrener Kräfte ernstlich gehemmt. Zur gleichen Zeit ordnete das Kriegsministerium an, daß die Personalstärke in Europa auf 300.000 Mann vermindert werden sollte. Obwohl über zwei Mill. Mann nach den USA zurückgebracht worden waren, war die Moral der Truppen und die Qualität ihrer Demobilisierung entgegenstehenden Truppen auf einem Tiefstand angelangt trotz angestrengtester Bemühungen, ihre Rückführung ins Zivilleben zu beschleunigen und die US-Zonenpolizei zu organisieren.

Die ursprüngliche Besatzungsplanung sah den Verbleib verhältnismäßig starker, zunächst in zwei Armeen gegliederten Einsatzgruppen vor. Es stellte sich heraus, daß die Belhaltung starker Truppen für die Kontrolle des deutschen Volkes weder notwendig noch wünschenswert war. Aus dieser Tatsache erlab sich der Gedanke einer polizeihilfsmäßigen Besatzung. Während des Frühjahrs 1946 wurde die US-Zonenpolizei organisiert, am 1. Juli 1946 übernahm sie die Verantwortung für die Sicherheit der Gebiete innerhalb der US-Besatzungszone.

In der Vereinfachung der Verwaltungsstruktur wurden durch Zusammenlegung von Dienststellen und Inaktivierung von Einheiten beständige Fortschritte erzielt. Die Nachschub- und Versorgungsstrukturen des Kommandobereichs wurden aufgespart und ihre verschiedenen Stützpunkte zusammengelegt, bis die „Western Base Section“ in Paris im Februar 1946 die Kontrolle aller Nachschubdienststellen außerhalb Deutschlands und Österreichs

Kontrolle der Besatzungsmächte. Sie ergriff eine Gesamtbevölkerung von 65 Mill., d. h. einen Zuwachs von 10,2 Prozent gegenüber 1939. Die Bevölkerung des US-Besatzungsgebietes betrug 18.583.369 und wies gegenüber 1939 einen Zuwachs von 20,5 Prozent auf. Schätzungsweise wurde angenommen, daß die Bevölkerung der US-Zonen einschließlich der Gebiete aus anderen Teilen Deutschlands und zwei Mill. Ausgewiesene, d. h. aus der Tschechoslowakei und anderen Ländern ausgewiesene Personen deutscher Abstammung in sich einschloß. Die Eingliederung dieser Personen in die deutsche Wirtschaftsleben der US-Zone stellt ein fortwährendes Problem dar.

Bis zum März 1947 war die Truppenstärke im Kommandobereich auf etwa 165.500 zurückgegangen und unsere Aufgabe Höhe gekommen, die der vom Kriegsministerium für die Besatzungsstreitkräfte bewilligten Zahl entsprach. Die Stärke von Boden- und Nachschubgruppen einschließlich der Besatzungsmächte planmäßig bis zum 1. Juli 1947 auf 117.000 reduziert werden.

Die Zahl der verschleppten Personen innerhalb und außerhalb der Lager betrug etwa 518.000. Die Zahl der von der Armee festgehaltenen Zivilinternierten wird die Kontrolle der deutschen Wirtschaft durch die Militärregierung in dem Maße andauern wie es notwendig ist, um die Produktion und Aufrechterhaltung von Gütern und Leistungen sicherzustellen, die für den Bedarf der Besatzungsgruppen und verschleppten Personen in Deutschland sowie für die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen Lebensstandards, der den durchschnittlichen Lebensstandard anderer europäischer Länder nicht überschreitet, erforderlich sind.

Zu Beginn der Besatzung war die deutsche Industrie durch eine Anzahl von Schwierigkeiten, darunter Kohlen- und Stromknappheit, sowie Mangel an Rohmaterial, geleerten Arbeitern und ausreichenden Transportmöglichkeiten, gestoppt. Diese Mängel werden nun allmählich überwunden. Die deutsche Industrieproduktion in der US-Zone, die im Januar 1946 nur etwa 25 Prozent der Höhe von 1936 erreicht hatte, war Ende Oktober auf 44 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg wurde durch den Anstieg der Schwerindustrie und nicht in der Leichtindustrie dar. Eine Steigerung der Produktion in den leichten Fabrikationszweigen — der Quelle für die zugelassenen Exporte — bleibt weiterhin von größter Wichtigkeit.

Die fortschreitende Beseitigung der Wirtschaftsschranken
Selbst der größtmögliche industrielle Fortschritt der amerik. Zone allein würde nicht die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft bis auf das von den Signatarmächten der Potsdamer Erklärung als für ein friedliches Weiterleben Deutschlands erforderlich in Betracht gezogene Mindestniveau bedeuten. Diese Höhe wird erst dann erreicht werden, wenn Deutschland als eine Wirtschaftseinheit behandelt wird.

Ein wichtiger Schritt in der Richtung, Deutschland in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen, wurde im Juli 1946, als die Vereinigten Staaten die anderen drei Besatzungsmächte einluden, sich mit ihnen in der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands zusammenzuschließen. Diese Vereinigung ist eine Einladung, ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone wurde Anfang Dezember in New York durch amerikanische Außenminister Byrnes und dem brit. Außenminister Bevin unterzeichnet. Eine gemeinsame britisch-amerikanische Finanzierung soll während einer Periode von drei Jahren durchgeführt werden, in der erwartet wird, daß zum Ende dieser Zeit der Wirtschaft der beiden vereinigten Zonen soweit ausreichend wiederhergestellt sein wird, daß sich weitere Einfuhren von Lebensmitteln und anderen Vorräten auf Kosten der amerikanischen und britischen Steuerzahler erübrigen werden. Bizonale Verwaltungsstellen für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Nachrichtenverkehr- und Transportwege werden eingerichtet, um die wirtschaftliche amerikanischer Kontrolle geleitet.

Die Reparationen und Demontagen
Was die in der US-Zone vor Mai 1946 zu Reparationszwecken oder zur Zerstörung bestimmter Industriebetriebe betrifft, so waren Mitte November 83 demontierte Anlagen, die 35.000 Tonnen Anlagen waren an alliierte Nationen abtransportiert worden. Der Fortgang in der Auslieferung von Reparationen der US-Zone hat sich in Ermüdung der Wirtschaft und der Erreichung der Reparationsziele nicht so weit entwickelt, wie ursprünglich geplant war. Das Industrienniveau, auf das sich die Alliierten geeinigt hatten, beruhte auf der Annahme einer Wirtschaftseinheit und mußte revidiert werden, falls eine Zone benötigt wird, ohne den gegenseitigen Vorteil eines freien wirtschaftlichen Austauschs zwischen den Teilen Deutschlands zu versuchen, sich selbst zu erhalten.

Die Reparationen und Demontagen
Was die in der US-Zone vor Mai 1946 zu Reparationszwecken oder zur Zerstörung bestimmter Industriebetriebe betrifft, so waren Mitte November 83 demontierte Anlagen, die 35.000 Tonnen Anlagen waren an alliierte Nationen abtransportiert worden. Der Fortgang in der Auslieferung von Reparationen der US-Zone hat sich in Ermüdung der Wirtschaft und der Erreichung der Reparationsziele nicht so weit entwickelt, wie ursprünglich geplant war. Das Industrienniveau, auf das sich die Alliierten geeinigt hatten, beruhte auf der Annahme einer Wirtschaftseinheit und mußte revidiert werden, falls eine Zone benötigt wird, ohne den gegenseitigen Vorteil eines freien wirtschaftlichen Austauschs zwischen den Teilen Deutschlands zu versuchen, sich selbst zu erhalten.

Die wirtschaftliche Situation
Selbst in der Vergangenheit war Deutschland nie in der Lage gewesen, ausreichend Nahrung für seine Bevölkerung zu produzieren und mit kriegsverwüsteten Feldern und zerstörten landwirtschaftlichen Maschinen ist es wenig denn je dazu fähig. Um die gegenwärtige Rationshöhe aufrechtzuerhalten, müßten die Vereinigten Staaten bis Ende 1946 über eine Mill. Tonnen an Lebensmitteln in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands liefern.

Um diese Importe zu bezahlen, wird Deutschland notgedrungenweise den Export von Gütern entwickeln müssen, die es zu produzieren in der Lage ist und die wir ihm zu produzieren erlauben. Nur durch solchen zulässigen Export kann es Dollarerlöse erhalten, um damit die Einfuhren zu bezahlen. Es wird angenommen, daß die deutsche Produktion letzten Endes ein Wirtschaftsniveau erreichen wird, das sie von unserer Unterstützung unabhängig macht.

Bestimmte und merkliche Fortschritte sind in dieser Hinsicht mit Pfänen für eine Ausfuhr von Fabrikwaren aus der US-Zone im Werte von mehr als 100 Mill. Dollar — was eine Steigerung gegenüber der Exporthöhe von 1946 von mehr als 400 Prozent darstellt — gemacht worden. Diese Exporte werden in erster Linie aus Spielwaren, Porzellan, leichten Fahrzeugen, Musikinstrumenten, Kameras und anderen rein friedensmäßigen Waren bestehen und die Dollarerlöse daraus werden für die Kosten der Einfuhr von Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern verwendet werden.

Der innere Wiederaufbau Deutschlands
Wir haben ein demokratisches Verfahren im Beamtentum eingeführt und die hauptberuflichen Regierungsangestellten erweitert. Wir haben freie und ausge-

Molotov für organisierte demokr. Parteien — Marshall appelliert an Frankreich

Moskau, 14. März. (dena) Die Außenminister der vier Großmächte besprachen am 13. d. Mts. die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands. Marshall erklärte hierzu, daß die Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone seit Beginn der Besetzung das Hauptziel der USA sei und forderte eine einheitliche Durchführung der Entnazifizierung in allen Besatzungs-

zonen. Bidault wies auf die Notwendigkeit der Durchführung der Entnazifizierung und der Bodenreform hin und betonte die enge Verbundenheit des Wirtschaftsproblems mit der Demokratisierung Deutschlands. Er fügte hinzu, daß den politischen Parteien und Gewerkschaften in den einzelnen Ländern und Provinzen Deutschlands eine Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet werden müsse. Die französische Delegation sei der Ansicht, daß die Entnazifizierung von den Befehlshabern der einzelnen Besatzungs- und von den deutschen Parlamenten und Regierungen durchgeführt werden müsse.

Anschließend schlug Molotov drei Maßnahmen zur Entnazifizierung vor: Die Entfernung ehemaliger Nazis aus dem öffentlichen Leben, die Beschleunigung der Spruchkammerverfahren und beschleunigte Eröffnung von Spruchkammerverfahren gegen prominente Nazis unter Ausschluss der „kleinen Nazis“.

Weiter brachte er drei Vorschläge zur Demokratisierung Deutschlands ein: 1. Den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften soll das Recht, sich innerhalb ganz Deutschlands zu organisieren, gewährt werden. 2. Einheitliche Wahlgeseetze für ganz Deutschland zur Sicherung der geheimen Wahl und der proportionalen Vertretung. 3. Durchführung der Bodenreform in den drei westlichen Zonen Deutschlands innerhalb des Jahres 1947.

Marshall fordert Bidault zur Unterstützung des Viermächtepakts auf.
Der amerikanische Außenminister Ge-

neral George C. Marshall appellierte an Frankreich um Unterstützung des amerikanischen Vorschlags eines 40-jährigen Viermächte-Bündnisvertrages zur gegenseitigen Hilfeleistung gegen einen deutschen Wiederangriff.

Der französische Außenminister Bidault habe sich jedoch geweigert, General Marshall irgendwelche Versprechungen zu machen, und es seien starke Anzeichen dafür vorhanden, daß Frankreich mit der sowjetischen Ansicht übereinstimmt, daß der Abschluß eines Verteidigungsbündnisses verfrüht sei.

Trumans Rede und die Moskauer Konferenz

In Kreisen der amerik. Delegation erklärte man wie John Hightower, Korrespondent der AP, meldet, daß Außenminister Marshall offensichtlich zu gestalten, zu welcher Entwicklung auch die Truman-Rede über Griechenland und die Türkei gehöre, die notwendigerweise den Ausgang der Moskauer Konferenz beeinflussen müsse.

Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß die führenden amerik. Politiker von dem Standpunkt ausgehen, daß die Sowjetunion eine Expansionspolitik betreibt und der übrigen Welt gegenüber eine aggressive Haltung einnimmt. Ebenfalls wenig kann man im Unklaren darüber sein, daß die amerik. Regierung die Macht und das Ansehen ihres Landes gegen Rußland einsetzen wird, um einer solchen „Expansion Einhalt zu gebieten.“

Italien fordert Zulassung

Rom, 14. März. (dena) Der italienische Außenminister Graf Carlo Sforza hat an die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion im Namen der italienischen Regierung Noten übersandt, in denen die Teilnahme Italiens an der Moskauer Konferenz gefordert wird.

Die SED lehnt Oder-Neiße-Linie ab

Erich Gniffler und Franz Dahlem sprachen in Mannheim

Für Einheitsstaat und zentrale Regierungsgewalt — SED keine russische Partei

Mannheim, 14. März. In einer Pressekonferenz, zu der Erich Gniffler und Franz Dahlem, beide Mitglieder des Zentralvorstandes der SED, am 14. März nach Mannheim eingeladen hatten, gab Erich Gniffler u. a. folgende Erklärung ab: „Sicherlich haben wir verschiedene weltanschauliche Flügel innerhalb der SED, die uns jedoch wenig Kopfzerbrechen machen. Als Voraussetzung wird lediglich die weltanschauliche Anerkennung des Marxismus verlangt, darüber hinaus wird weitestgehende Toleranz, insbesondere auch religiöser Dinge, geübt.“

Über die Höhe der derzeitigen Industrie-Kapazität befragt, antwortete Gniffler: „Wir haben tatsächlich 70 Prozent der Gesamtkapazität von 1938, trotz der Demontagen schon wieder erreicht. Mit dem 1. 1. 1947 wurden die Demontagen endgültig abgeschlossen. Franz Dahlem nahm zu der Frage der Ostgrenze wie folgt Stellung. Die SED lehne die Oder-Neiße-Linie als Grenze ab.

Zu den Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag führte Franz Dahlem etwa folgendes aus: Die SED hatte eine Zentralkonferenz aller demokratischen Parteien nach Berlin einberufen wollen, um zu den kommenden Friedensverhandlungen Stellung zu nehmen. Dr. Schumacher habe je-

doch mit der Begründung abgelehnt, daß er an einer solchen Konferenz nicht teilnehmen würde, solange die SPD in der russischen Zone nicht zugelassen wäre; seitens der SPD sei aber bis heute noch kein offizieller Zulassungsantrag bei der russischen Militärregierung gestellt worden. Die SED sei entgegen böswilliger Behauptungen keine russische Partei, sondern kämpfe unabhängig von Westen und Osten nur für die deutschen Interessen unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Belange. Zur Frage einer Unterschriftsleistung unter den Friedensvertrag übergehend, fuhr er dann fort: „Der Friedensvertrag muß von allen Parteien unterschrieben werden oder von keinem.“

Zur Frage, ob die SED einen Einheitsstaat oder einen föderalistischen Staatenbund befürworte, antwortete er: „Die SED ist für einen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung.“

Über eine zu erwartende Entlassung deutscher Kriegsgefangener gab Franz Dahlem folgende Erklärung ab: „Wir haben von Marshall Sokolowski die Zusicherung erhalten, daß im Laufe des Jahres 1947 weitere 800.000 deutsche Kriegsgefangene von den Russen entlassen würden.“

ganzen selbständig ist. Während des Jahres 1946 erfüllte die Militärregierung den Grundsatz, die Deutschen wieder damit zu betrauen, sich selbst zu versorgen, und zwar bis zu dem Grad, daß heute nur ein Minimum an Aufsicht und Kontrolle ausgeübt wird. Die Militärregierung fungiert in erster Linie in beratender Eigenschaft.

Vier große politische Parteien, die politischen Strömungen von der kommunistischen bis zur konservativen repräsentieren, sind in jedem Land der US-Zone frei tätig.

Die Entnazifizierung und Amnestie
Im Juli 1946 genehmigte die Militärregierung einen Vorschlag des Entnazifizierungsausschusses des Landrats, bei jugendlich Betroffenen (die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind) von der Anwendung von Sühnemaßnahmen abzusehen, außer bei solchen, die unter Klasse I (Hauptschuldige) oder Klasse II (Aktivisten) nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus fallen. Die Generalamnestie für die in ihrer empfindlichen Jahren durch die trügerische Nazidoktrin und Ideologie beeinflussten Jugendlichen beruhte auf der Erkenntnis, daß es gerade diese jüngere Generation ist, auf die wir uns ebenso wie die Deutschen hinsichtlich der zukünftigen Führung Deutschlands verlassen müssen.

Am Weihnachtsabend wurde die Amnestie auf andere Personen, die als Mithäufel belastet werden, und deren Einkommen keine Vorteile aus der Mitgliedschaft in der Nazi-Partei aufwies, ausgedehnt.

Es darf nicht angenommen werden, daß diese Amnestie eine Milderung unserer ursprünglichen Entschlossenheit bedeutet. Der Nazieinfluß aus dem deutschen Volk auszurotten.

Der vorstehende Überblick kennzeichnet die Fortschritte, die bisher gemacht worden sind. Dies sind jedoch nur die Vorbereitungsarbeiten. Die Hauptaufgaben haben bisher erst begonnen, nämlich die Umerzählung des deutschen Volkes, um es dahin zu bringen, nach demokratischen Grundsätzen leben und sich selbst regieren zu wollen, und die Errichtung einer friedlichen und stabilen deutschen Wirtschaft, die es dem deutschen Volk erlaubt, frei von der jetzt vorherrschenden dauernden Furcht vor Hunger und Kälte zu existieren. Dies sind die Bedingungen für den Eintritt der Deutschen als einer friedfertigen Gruppe in die Weltgemeinschaft.

